



Richtlinie

des Wartburgkreises

**zur Förderung der Träger der
regionalisierten Jugendarbeit**

Beschluss des Jugendhilfeausschusses des
Wartburgkreises Nr. 0754/2018 vom 12.12.2018

Gliederung

1. Zweck der Förderung
2. Gegenstand der Förderung
3. Zuwendungsempfänger
4. Zuwendungsvoraussetzungen
5. Art, Umfang und Höhe der Zuwendung
6. Verfahren
7. Nachweis und Prüfung der Verwendung
8. Leistungs- und Qualitätsanalyse
9. Inkrafttreten

1. Zweck der Förderung

Der Wartburgkreis – als Träger der öffentlichen Jugendhilfe – gewährt auf der Grundlage des § 74 Sozialgesetzbuch Achtes Buch (SGB VIII) und des § 16 des Thüringer Kinder- und Jugendhilfeausführungsgesetzes den freien Trägern für die zu erbringenden Leistungen der offenen Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes Zuwendungen nach dieser Richtlinie und im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

Die Regelungen der Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung und die §§ 23 und 44 der Thüringer Landeshaushaltsordnung finden entsprechende Anwendung.

Zweck der finanziellen Zuwendung ist es, den jungen Menschen des Wartburgkreises Angebote der sinnvollen Freizeitgestaltung, der außerschulischen Jugendbildung mit allgemeiner, politischer, sozialer, gesundheitlicher, kultureller, naturkundlicher und technischer Bildung vorzuhalten, Interessen zu wecken und zu fördern sowie negativen Entwicklungen mit geeigneten Maßnahmen entgegenzuwirken.

Im Zusammenwirken mit dem öffentlichen und den anerkannten freien Trägern soll dabei sozial benachteiligten sowie körperlich und seelisch behinderten Kindern und Jugendlichen besondere Unterstützung zuteil werden. Junge Menschen aus Aussiedler- und Migrantenfamilien sollen integriert werden.

Zu den mit den freien Trägern zu vereinbarenden Aufgaben zählt auch, junge Menschen selbst dazu zu motivieren, in den Jugendeinrichtungen Verantwortung zu übernehmen und Angebote mitzugestalten.

Bei der Ausgestaltung der zu erbringenden Leistung sind gemäß § 9 SGB VIII die unterschiedlichen Lebenslagen von Mädchen und Jungen zu berücksichtigen, Benachteiligungen abzubauen und die Gleichberechtigung zu fördern.

Die Zuwendungen erfolgen in Übereinstimmung mit der Richtlinie „Örtliche Jugendförderung“ in der jeweils gültigen Fassung.

2. Gegenstand der Förderung

2.1. Zuwendungsfähig sind:

- Angebote der offenen Jugendarbeit in und außerhalb von Jugendeinrichtungen einschließlich Präventionsangebote gemäß §§ 1, 11 und 14 SGB VIII
- Maßnahmen der Kinder- und Jugendbildung gemäß §§ 1 und 11 SGB VIII
- Maßnahmen für benachteiligte junge Menschen im Rahmen der Jugendsozialarbeit gemäß §§ 1 und 13 SGB VIII
- Maßnahmen der schulbezogenen Jugendarbeit gemäß §§ 1, 11 und 13 SGB VIII
- Maßnahmen im Rahmen des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes gemäß § 14 SGB VIII
- Ferienangebote zur Kinder- und Jugenderholung gemäß § 11 SGB VIII.

2.2. Nicht zuwendungsfähig sind:

- Maßnahmen mit überwiegend verbandstypischem, religiösem oder parteipolitischem Charakter.

3. Zuwendungsempfänger

Nach dieser Richtlinie werden die vom Jugendhilfeausschuss bestätigten freien Träger der regionalisierten Jugendarbeit gefördert.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

4.1. Vertragliche Regelungen

4.1.1. Die vom freien Träger zu erfüllenden Aufgaben (in und außerhalb von Jugendeinrichtungen) sowie deren Qualitätsanforderungen und -kontrolle sind mittels Verträgen zwischen dem Wartburgkreis und dem vom Jugendhilfeausschuss bestätigten freien Träger zu regeln. Als Bestandteil dieses Vertrages ist auch die Verpflichtung des Trägers aufzunehmen, das Jugendamt des Wartburgkreises jeweils zeitnah über Probleme bzw. neue Entwicklungen innerhalb des Zuständigkeitsbereiches zu informieren.

4.1.2. Zur jährlichen Fortschreibung des Jugendförderplanes sind dem Jugendamt jeweils bis zum 15. März des Folgejahres Sachberichte zur Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit in den Planungsregionen sowie der mobilen Dienste vorzulegen. Auf der Grundlage des aktualisierten Jugendförderplanes ist die mit den freien Trägern abzuschließende „Zielvereinbarung“ fortzuschreiben.

Die Zuwendung erfolgt im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel nach Maßgabe dieser Richtlinie und den entsprechenden vertraglichen Regelungen mit den freien Trägern.

4.2. Qualitätsstandards / Anforderungen an die Träger

- 4.2.1. Die freien Träger müssen zur Aufgabenerfüllung fachlich kompetent und betriebswirtschaftlich in der Lage sein. Die in Personalhoheit des Trägers einzusetzenden Fachkräfte sind fachlich anzuleiten sowie fort- und weiterzubilden.
- 4.2.2. Die Bereitschaft des Trägers zur Entwicklung von Netzwerken/Kooperationsformen, zur Mitwirkung in Arbeitsgemeinschaften und Gremien sowie an der örtlichen Jugendhilfeplanung ist Voraussetzung für eine Förderung.

Der Träger hat seine Leistungen den sich verändernden Bedarfen anzupassen, die Kommunikation mit dem Jugendamt des Wartburgkreises sowie die Entsendung der Fachkräfte zu dessen Fortbildungsmaßnahmen sicherzustellen.

4.3. Anforderungen an das einzusetzende Personal (Fachkräfte)

- 4.3.1. Hauptamtlich Beschäftigte werden nur gefördert, wenn sie das Fachkräftegebot entsprechend der Richtlinie „Örtliche Jugendförderung“ erfüllen.

Ausnahmeregelungen müssen vor Einstellung mit dem örtlichen Träger abgestimmt werden.

Der Träger hat bei der Personalauswahl zudem die Anforderungskriterien analog § 72a SGB VIII zu berücksichtigen.

- 4.3.2. Personal, welches zusätzlich eingesetzt wird, muss über sozialpädagogische Vorkenntnisse verfügen und persönlich für diese Aufgabe geeignet sein. Der Einsatz ist vorher mit dem örtlichen Träger abzustimmen.
- 4.3.3. Durch den Träger ist sicherzustellen, dass dessen Fachkräfte den Schutzauftrag zur Kindeswohlgefährdung nach § 8 a SGB VIII in entsprechender Weise wahrnehmen und bei der Abschätzung des Gefährdungsrisikos eine insoweit erfahrene Fachkraft hinzuziehen.

4.4. Anforderungen an die Qualität der zu erbringenden Leistungen/Zielvereinbarungen

Die im Zuständigkeitsbereich des freien Trägers zu erbringenden Leistungen und damit zu erreichenden Ziele sind jährlich zu prüfen und als „Zielvereinbarung“ fortzuschreiben. Die freien Träger sind zur Dokumentation der Leistungen sowie zur Selbstevaluation verpflichtet.

5. Art, Umfang und Höhe der Zuwendung

- 5.1. Die freien Träger, deren Leistung der regionalisierten Jugendarbeit in einer bestimmten Region durch den Landkreis in Anspruch genommen werden, erhalten nach dieser Richtlinie finanzielle Zuwendungen des Wartburgkreises in Form einer Festbetragsfinanzierung.

Je nach vertraglicher Regelung kann die Zuwendung verwendet werden für:

5.1.1. Personalkosten unter Beachtung des § 74 Abs. 5 SGB VIII.

5.1.2. Sachkosten zur inhaltlichen Durchführung der Leistungen innerhalb einer Planungsregion.

Dazu gehören u.a.:

- Material, Spiel- und Beschäftigungsmaterial
- Ausstattungsgegenstände bis 800,00 € (Netto)
- Honorare
- Fahrtkosten
- Verwaltungs- und Regiekosten, maximal 5 % der förderfähigen tatsächlichen Personalkosten
- Veranstaltungen
- Versicherungen
- Wartung und Instandsetzung technischer Geräte
- Fachbücher/Zeitschriften
- Verbrauchsmaterial
- Geschäftsbedarf
- Telefon/Porto
- Miete für Veranstaltungen.

Näheres regeln die Allgemeinen Nebenbestimmungen über die Förderung und Verwendung der Sachkosten im Rahmen der regionalisierten Jugendarbeit im Wartburgkreis, welche als **Anlage 1** Bestandteil dieser Richtlinie sind.

6. Verfahren

Eine Antragsstellung entfällt, da die Zuwendungen vertraglich zu regeln sind.

6.1. Auszahlung

Die Auszahlung der Mittel erfolgt in gleichbleibenden monatlichen Raten jeweils zum 15. des Monats.

6.2. Zuwendungsempfänger haben unverzüglich alle Veränderungen, die Auswirkung auf die Zuwendung haben können, dem Jugendamt des Wartburgkreises mitzuteilen

7. Nachweis und Prüfung der Verwendung

Der Verwendungsnachweis ist bis zum 31. März des Folgejahres als zahlenmäßiger Nachweis an Hand der Originalbelege als Gesamtfinanzierung zu erbringen.

Mit dem Verwendungsnachweis können Kopien der Belege eingereicht werden. Nach Prüfung wird ein Prüfbericht erstellt, der den Zuwendungsempfängern als Prüfbescheid zugeht.

Stellt der öffentliche Träger bei der Prüfung des Verwendungsnachweises eine unsachgemäße Verwendung der Mittel fest, ist der freie Träger verpflichtet, nach Ablauf der Vertragslaufzeit diese Mittel zurückzuerstatten.

8. Leistungs- und Qualitätsanalyse

Zur Auswertung der erbrachten Leistung und damit erreichten Ziele innerhalb einer Planungsregion sowie der mobilen Dienste haben die freien Träger der regionalisierten Jugendarbeit dem Jugendamt des Wartburgkreises jährlich bis spätestens 15. März des Folgejahres einen Sachbericht gemäß **Anlage 2** dieser Richtlinie i. V. m. der entsprechenden vertraglichen Regelung vorzulegen.

9. Inkrafttreten

Die Änderung zu dieser Richtlinie tritt zum 01.01.2019 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Richtlinie des Wartburgkreises zur Förderung der Träger der regionalisierten Jugendarbeit vom 29.05.2013 außer Kraft.